

Entschließungsantrag **der Fraktionen der CDU/CSU und FDP**

zum Berufsbildungsbericht 1984 **— Drucksache 10/1135 —**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest, daß die Bundesregierung im Berufsbildungsbericht 1984, den sie dem Deutschen Bundestag in Erfüllung des Auftrags vom 19. Januar 1984 zur Beratung zugeleitet hat, mit der gebotenen Klarheit darauf hinweist, daß auch in diesem Jahr angesichts der erwarteten hohen Zahl von 715 000 bis 735 000 Bewerbern um Ausbildungsplätze äußerste Anstrengungen aller für die Berufsbildung Verantwortlichen notwendig sind, um genügend Lehrstellen für die Jugendlichen bereitzustellen.

Um die Aufgabe zu lösen, ist ein außerordentliches Engagement insbesondere der Wirtschaft und der Freien Berufe, aber auch der öffentlichen Hand und der gesellschaftlichen Gruppen unverzichtbar.

Der Deutsche Bundestag unterstützt die Bundesregierung bei ihren Anstrengungen, der jungen Generation ausreichende und angemessene Chancen in Ausbildung und Beruf zu geben. Er fordert die Bundesregierung auf, weiterhin alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um insbesondere durch die folgenden Maßnahmen für ein ausreichendes Ausbildungsplatzangebot zu sorgen und die Zahl der Lehrstellen gegenüber dem letzten Jahr noch einmal zu erhöhen:

1. Der Deutsche Bundestag begrüßt nachdrücklich den Beschluß der Bundesregierung, das Ausbildungsplatzangebot des Bundes 1984 um rd. 2 000 Ausbildungsplätze (= 7,5 %) zu steigern und fordert die Länder, die Kommunen und die Wirtschaft auf, diesem Beispiel zu folgen.
2. Der Deutsche Bundestag unterstützt die Vorhaben der Bundesregierung zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine Ausweitung des Ausbildungsplatzangebots, indem vermeidbare Ausbildungshemmnisse abgebaut und ausbildungsfördernde Maßnahmen in Gesetzen und Verordnungen geschaffen werden: Änderung des Jugendarbeitsschutzgesetzes, Änderung des Schwerbehindertengesetzes, Änderung der Arbeitszeitordnung, Änderung des Arbeitszeitgesetzes,

Änderung der Arbeitsstättenverordnung, neue gesetzliche Initiativen zur Beschäftigungsförderung.

3. Der Deutsche Bundestag unterstützt die von der Bundesregierung geplante Änderung der Ausbildereignungs-Verordnung, mit der verhindert werden soll, daß wegen des noch nicht erbrachten Nachweises der Ausbildereignung Ausbildungsplätze verlorengehen. Hiermit wird gleichzeitig auch ein Anreiz für neue Ausbildungsplätze geschaffen.
4. Der Deutsche Bundestag tritt dafür ein, die Anrechnungsverordnung für das Berufsgrundbildungsjahr und die Berufsfachschulen so zu ändern, daß generell eine halbjährige Anrechnung erfolgt. Die Bundesregierung wird ferner aufgefordert, hierüber mit den Ländern Verhandlungen zu führen.
5. Der Deutsche Bundestag stellt fest, daß das Benachteiligtenprogramm von besonderer Bedeutung für Jugendliche ist, die sonst keinen Ausbildungsplatz erhalten würden. Dieses Programm ist auch eine wichtige flankierende Maßnahme auf dem angespannten Ausbildungsstellenmarkt. Der Deutsche Bundestag nimmt zur Kenntnis, daß die Bundesregierung die Mittel für das Programm des Bundes zur Förderung der Berufsausbildung benachteiligter Jugendlicher erhöht hat. Die Bundesregierung wird aufgefordert, für 1985 zusätzliche Finanzmittel bereitzustellen, damit die Zahl der Jugendlichen, die mit diesem Programm Ausbildungsplätze erhalten, noch einmal erhöht werden kann.
6. Der Deutsche Bundestag unterstützt die Erhöhung der Mittel für die Bildungsbeihilfen von Jugendlichen in der Vorbereitung zur Berufsausbildung.
7. Der Deutsche Bundestag begrüßt die von der Bundesregierung beschlossene Sonderaktion zur Mobilisierung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen im Handwerk, bei der mit Hilfe ehemaliger Ausbilder und Lehrlingswarte vorrangig die nicht ausbildenden, aber geeigneten Handwerksbetriebe für die Ausbildung gewonnen werden sollen.
8. Der Deutsche Bundestag unterstützt die Anstrengungen der Bundesregierung, durch öffentlichkeitswirksame Maßnahmen die Ausbildung im Verbund von Betrieben/Verwaltung zu fördern, um damit die Zahl der Ausbildungsplätze zu erhöhen.
9. Der Deutsche Bundestag unterstützt die vielfältigen Initiativen der Bundesregierung, um die Ausbildungschancen von Mädchen vor allem im gewerblich-technischen Bereich und im Krankenpflegerischen Bereich zu verbessern.
10. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, über die bisherige Entwicklung der überbetrieblichen Ausbildungsstätten und ihre Vorstellungen für die zukünftige Finanzierung dieser Ausbildungsstätten zu berichten.

11. Der Deutsche Bundestag appelliert an die Länder, die Bildungsangebote an beruflichen Vollzeitschulen vorübergehend weiter auszubauen.

Der Deutsche Bundestag teilt die Erwartung und das Vertrauen der Bundesregierung, daß diese Maßnahmen ergänzend zu den Ausbildungsanstrengungen, die Wirtschaft und Freie Berufe 1983 in überzeugender Weise geleistet und für dieses Jahr wieder zugesagt haben, von nachhaltiger Wirkung sein werden. Dabei bleibt die Verantwortung der Wirtschaft für die Finanzierung der Berufsausbildung uneingeschränkt bestehen, sie soll nicht durch staatliche Fonds- oder Umlage-Finanzierung ausgehöhlt werden. Deshalb ist ein neues Sonderprogramm der Bundesregierung, das in die Ausbildungsfinanzierung der Betriebe eingreift, nicht hilfreich und würde den oben genannten subsidiären Maßnahmen der Bundesregierung zur Verbesserung der Lehrstellensituation in diesem Jahr zuwiderlaufen.

Bonn, den 27. Juni 1984

Dr. Dregger, Dr. Waigel und Fraktion

Mischnick und Fraktion

